

Ingo Niermann, Automatic Socialism¹

Der Staat reguliert den Zugang zu knappen Gütern, indem er Eigentum statuiert. Er kann als einziger auch für das, was ihm nicht gehört, die Eigentumsverhältnisse ändern und darüber entscheiden, was überhaupt als Eigentum gilt und was nicht. Jedem, der das Eigentum anderer verletzt, droht der Staat mit einem Beschnitt seines Eigentums. Im radikalsten Fall – durch Tod – mit dem an sich selbst. Wer mit Eigentumsverletzungen ungestraft davonkommen will, darf sich entweder nicht erwischen lassen oder muss den über sein Eigentum verfügenden Staat beherrschen.

Wenn Staaten sich nicht bekriegen, sondern bestrafen, dann erklären sie den anderen Staat als ihnen untergeordnet. Theoretisch kann es eine infinite Hierarchie von Staaten geben, deren Eigentumsentscheidungen von dem jeweils nächsthöheren nivelliert werden können.

Staaten definieren sich als territoriale Einheit. In einer Agrargesellschaft bestimmt sich ihr Reichtum wesentlich durch die Größe ihres fruchtbaren Bodens. Nichts auf der Erde ist so klar begrenzt: Ist alles Land einmal aufgeteilt, dann kann einer nur mehr haben, wenn ein anderer weniger hat. Das Verschieben der Ländergrenzen vollzieht sich, anders als der Import und Export von Menschen und Gütern, bis heute in der Regel nicht ohne Krieg. Ein Staat mag seine Bodenschätze verscherbeln, doch den Boden selbst zu verkaufen, käme einer Kapitulation gleich. Nur die Kolonialzeit bildete eine Ausnahme, da damals für die europäischen Staaten riesige Landmassen neu verfügbar wurden und sie manchmal gar nicht die Kapazitäten hatten, sie zu bewirtschaften.

Die fehlende Bereitschaft selbst bankrotter Staaten, Land an andere Staaten abzutreten, führt dazu, dass keine neuen Staaten entstehen können, es sei denn auf künstlichen Inseln im Meer oder durch Sezession. Ein Großteil der Menschheit ist gezwungen, ein Leben lang in dem Staat wohnen zu bleiben, in dem er geboren wurde, weil er nirgends sonst erwünscht ist.

Jeder Mensch hat genau ein Leben. Ansonsten aber werden seine Eigentumsverhältnisse wesentlich dadurch bestimmt, in welchem Staat und als wessen Kind er geboren wurde.

¹ / *Automatic Socialism Dubai* ist als Kapitel aus „Solution 185–195: Dubai Democracy“ Teil einer Reihe von Lösungen, die auf Niermanns Buch Umbauland basieren. Nach Deutschland war Dubai der zweite Ort, den der Schriftsteller und Künstler neu zu gestalten – umzubauen – versuchte. Die Ansätze dieses Umbaus gründen in der konkreten Auseinandersetzung mit der ökonomischen Situation Dubais unmittelbar vor der Finanzkrise im Herbst 2008 und gehen auf wiederholte, längere Aufenthalte in Dubai in den Jahren 2007–2009 zurück.

Das benachteiligt die meisten Menschen und widerspricht jeder Moral. Was immer man als gerecht empfindet, man folgt Maßstäben, die der Willkür der Verhältnisse widersprechen. Um eine radikale Neuverteilung vorzunehmen fehlt nicht nur ein Weltstaat, sie müsste auch für den Nachwuchs immer wieder von neuem erfolgen. Einfacher wäre es, den bestehenden Wohlstand so weit zu mehren, dass die derzeitigen Eigentumsverhältnisse an Relevanz verlieren. So waren in Europa Enteignungen gar nicht nötig, um den Adel relativ verarmen zu lassen. Es genügte der Wechsel von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft.

Allerdings verfestigten sich durch die Industrialisierung auch wieder neue, gemeinhin als ungerecht empfundene Ungleichheiten, die sich in Zukunft noch zu verschärfen drohen. Denn in Agrar- wie in Industriegesellschaften partizipieren die meisten am Gesamtwohlstand, indem sie gegen Bezahlung arbeiten, das heißt, einen Großteil des Tages sich selbst verleihen. Der Bedarf daran wird sich durch die Automatisierung immer weiter verringern. Allein die noch ausstehende Industrialisierung der Landwirtschaft in China und Indien kann im Laufe der nächsten Jahre zwei Milliarden weitere Menschen auf Arbeitssuche in die urbanen Zentren drängen. Während der Industrialisierung von Europa stand den Arbeitssuchenden Amerika als riesiger Puffer zur Verfügung, heute können sich Inder und Chinesen im Ausland in der Regel nur temporär als Gastarbeiter verdingen.

Längst ist es eine geläufige politische Argumentation, mehr Wirtschaftswachstum anzustreben, nicht um den Wohlstand aller oder wenigstens der Erfolgreichen zu mehren, sondern um trotz laufender Produktivitätssteigerungen noch genügend Arbeitsplätze zu gewährleisten. Sobald man sich jedoch tatsächlich der Vollbeschäftigung nähert, lässt das die Löhne so weit in die Höhe schnellen, dass Unternehmen Arbeitsplätze ins billigere Ausland auslagern. Wenn man indes den Arbeitsmarkt für Ausländer öffnet, dann drohen gleich so viele zu kommen, dass sich das Lohnniveau dem weltweit niedrigsten Stand angleicht.

In Dubai macht man Letzteres, jedoch nur im privaten Sektor. Arbeit wird, egal wie sehr die Wirtschaft wächst, nicht teurer. Lediglich muss man, da man den ausländischen Arbeitskräften nicht erlaubt, über ihr Leihverhältnis hinaus zu bleiben, einen gewissen Mobilitätszuschlag auf die für eine bestimmte Qualifikation weltweit niedrigsten Löhne zahlen. Den Einheimischen werden dagegen eine gut bezahlte Anstellung im öffentlichen Dienst und kostenlose

soziale Leistungen angeboten. Eine Vollbeschäftigungsgarantie drückt, wie man aus dem Sozialismus weiß, die Produktivität, doch das meint man in Dubai zu verkraften, da sie nur einem Bruchteil der Beschäftigten zugute kommt. Während man in westlichen Demokratien nur die Arbeitslosen mit Hilfen sozialistisch abfedert, praktiziert man in Dubai einen Sozialismus der Privilegierten.

Auch in Adels- und Sklavengesellschaften ist ein Teil der Bevölkerung qua Geburt gesetzlich privilegiert, aber der lässt seinen eigenen Boden und seine eigenen Manufakturen bewirtschaften. In Dubai dagegen halten die Bürger quasi stimmlose Anteile am Staat.

In der westlichen Wohlstandsgesellschaft ist man stolz darauf, wenn wenigstens im eigenen Land die Menschen nicht für Hungerlöhne arbeiten müssen: Immer noch besser, Menschen schuften für weniger als 100 Dollar in ihrer fernen Heimat und leben in kruschteligen Slums, als dass man sie für ein wenig mehr Geld ins eigene Land lockt und in sterilen Mehrbettzimmern mit Klimaanlage und fließendem Wasser kaserniert. Die meisten Dubaier Gastarbeiter sind Männer, die ihre Frau und Kinder daheim zurückgelassen haben. Intimität gibt es für sie höchstens in Form von mechanischem Sex mit verhärmten, in ihrer Heimat ausrangierten Prostituierten, denen die dicken Schminkekrusten vom Gesicht bröckeln. Dubai weckt Erinnerungen an den 1925/6 von Fritz Lang nach einer Vorlage von Thea von Harbou gedrehten Film *Metropolis*, in dem alle, die nicht der Oberschicht angehören, zu stumpfen Arbeitsmaschinen degradiert sind.

Tatsächlich gibt es unter Dubais Gastarbeitern viele Abstufungen zwischen arm und reich. Es gibt den Bauarbeiter, der sich zum Taxifahrer hochgearbeitet hat und nach eigenen Angaben in den Boomjahren bis zu 1000 Euro im Monat verdiente. Es gibt den selbständigen Friseur, der schon seit über dreißig Jahren mit Familie in Dubai lebt. Es gibt den Stadtteil Karama mit mehrstöckigen Mietshäusern und einem zentralen Platz, in dem es aussieht wie in Klein-Islamabad. Es gibt den Stadtteil Deira, dessen Straßen, Imbisse und Hotels von afrikanischen Handelsreisenden bevölkert werden. Und es gibt Zugezogene, die weitaus reicher sind als der durchschnittliche Einheimische. Man kann darum die westliche Kritik an den Dubaier Ausbeutungsverhältnissen vor allem als ein Marketing-Problem verstehen und darauf hinweisen, dass kein Land der Welt in so kurzer Zeit einen so hohen Anteil von

Ausländern aufgenommen und ernährt hat, arm wie reich. Wenn Dubai seinen Bauarbeitern und Hotelbediensteten mehr Lohn zahlen soll, dann soll auch der Westen bei der Herstellung aller importierten Güter auf entsprechende Mindestlöhne bestehen.

Überdies ist Dubai weitaus besser darauf vorbereitet, dass die vielen Arbeiter gar nicht mehr gebraucht werden. Sei es in einer wirtschaftlichen Krise, sei es durch fortschreitende Rationalisierung. Sie können alle einfach weggeschickt werden, während man im Westen seit dem Beginn der Industrialisierung damit zu kämpfen hat, dass es für diejenigen, die die billige Drecksarbeit machen, ein noch größeres Elend bedeutet, wenn diese verschwindet. Bereits die im späten 18. Jahrhundert beginnenden Weberaufstände waren hilflose Proteste gegen Automatisierung und billige Konkurrenz aus Indien. In England stand auf Maschinenstürmerei – also Sachbeschädigung – zeitweise die Todesstrafe, und sie wurde militärisch bekämpft.

In Agrargesellschaften ist fast jeder in der Landwirtschaft tätig, in der industrialisierten Wohlstandsgesellschaft ist es fast niemand mehr, obgleich diese in der Lage ist, noch weit mehr Menschen zu ernähren. Die Automatisierung wird in Zukunft auch die meisten Jobs in Industrie und Dienstleistung überflüssig machen. Statt für eine ausreichende Zahl von Menschen für einigermaßen erträgliche Arbeitsverhältnisse zu sorgen, lässt man alle die Menschen zu Maschinen degradierenden Arbeiten tatsächlich von Maschinen verrichten.

Was die Konsumenten mit dem Ende der Arbeitsgesellschaft weiterhin brauchen, ist Geld, um die produzierten Güter zu kaufen. In den westlichen Wohlstandsgesellschaften wird darum eine Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle geführt. Doch nicht nur fehlt es dafür an Geld, sondern man sorgt sich, dass sich durch die Abnahme der Lohnarbeit die Mittel weiter verknappen. Deren Besteuerung sichert den Staaten noch immer einen Großteil ihrer Einnahmen.

In Dubai wird schon jetzt keine Einkommenssteuer, sondern nur Körperschaftssteuer erhoben, und man müsste lediglich den Einheimischen eine ihr Auskommen sichernde Rente zukommen lassen. Dubai kann durch eine konsequente Automatisierung sein ausbeuterisches Image abstreifen und sich in eine prototypische sozialistische Idylle neuen Typs verwandeln. Marx hätte letztlich doch recht behalten. Was die Geschichte jedoch zunächst verzerrt hätte, wäre Marx' Ungeduld, mit der er seine Theorie vom dialektischen, unweigerlich im Kommunismus endenden Materialismus propagierte und die Menschen verfrüht in den Sozialismus trieb.

Der herkömmliche Sozialismus verstaatlichte die Betriebe und erstickte die private Eigeninitiative. Im Gegensatz dazu haben die westlichen Demokratien seit den späten 1970er Jahren große Teile des Staatseigentums wie etwa die Energieversorgung und die Telekommunikation privatisiert. Doch was der Staat sich zu eigen macht, muss er nicht selbst betreiben, sondern kann es auch verleihen. In den westlichen Demokratien wurde argumentiert, dass wenn der Staat nicht verkaufe, sondern nur verleihe, die privaten Betreiber nicht zu langfristigen Investitionen motiviert seien. Doch insbesondere Aktiengesellschaften sind ohnehin den Interessen auf kurzfristige Renditen zielender Anleger ausgesetzt, ständig droht ihnen die Fusion oder Zerschlagung. Wenn der Staat aber Eigentümer bliebe, könnte er ihnen bei Nichteinhaltung der im Pachtvertrag festgesetzten Verpflichtungen einfach kündigen.

Eine einmal vollzogene Privatisierung zurückzunehmen erzeugt entweder großen Aufruhr in der unternehmerischen Lobby oder ist mit hohen Kosten verbunden, da der Staat ein von der freien Wirtschaft fallengelassenes Unternehmen saniert. In Dubai aber sind große Teile des Landes noch nicht erschlossen und befinden sich in Staatsbesitz. Ähnlich wie in China wurde bereits in den letzten Jahren Land vom Staat in der Regel nur in Erbpacht abgetreten. In einigen Teilen Dubais kann man Immobilien dauerhaft kaufen, etwa auf der künstlichen Halbinsel Palm Jumeirah, doch auch dort ist man den strengen Verwaltungsvorgaben der staatsnahen Bauträger unterworfen.

Dubai und China entsprechen damit einem Trend in der Privatwirtschaft, der die Kunden kein Eigentum mehr, sondern nur noch temporäre oder nicht veräußerbare Nutzungsrechte erwerben lässt. Früher war diese Praxis höchstens bei Wohnraum üblich, den zu kaufen man sich nicht leisten konnte oder der ohnehin über den eigenen Tod oder nächsten Umzug hinaus Bestand haben sollte. Jetzt betrifft sie auch solche Produkte, die laufend erneuert werden und zu komplex sind, als dass man sie selbst warten könnte. Der Verkäufer behält damit aber auch die Kontrolle über den Kunden. Er erfährt laufend über dessen Nutzungsverhalten und kann verhindern, dass er es – ob Musik, Auto oder Saatgut – dupliziert. Unternehmen gleichen in ihrer Verfügungsgewalt über das Eigentum, das sie den Kunden aushändigen beziehungsweise das diese ihnen anvertrauen, zunehmend Staaten.

Umgekehrt werden Staaten, die nicht bloß durch Unternehmen entmachtet werden wollen, zunehmend selbst zu Unternehmen, die für alle Bürger eine mindestens lebenserhaltende

Dividende erwirtschaften müssen. Es bietet sich eine Zweiteilung des Staats in einen ordnungspolitischen und einen vermögenswirksamen Bereich an. In Demokratien ist denkbar, dass dafür zwei unterschiedliche Regierungen gewählt werden. Erwirtschaftete Reserven können in Staatsfonds international angelegt werden, doch um nicht spekulativen Blasen aufzusitzen und einen Weltbankrott zu provozieren, müssen sich die Staaten auf ihr Kerngeschäft, das Verleihen ihres Territoriums samt Infrastruktur, konzentrieren. Im Zuge der Errichtung einer Weltregierung kann dann auch darüber entschieden werden, inwieweit die Staaten mit ihren sehr unterschiedlichen Ressourcen und Bevölkerungsdichten sich untereinander zu Ausgleichszahlungen verpflichten.

Auch im ordnungspolitischen Bereich kommen dem Staat durch die technische Entwicklung neue Aufgaben und Möglichkeiten zu. Er kann jeden Einzelnen permanent überwachen und es ihm zum Beispiel unmöglich machen, ein Auto nicht angeschnallt oder schneller als erlaubt zu fahren. Dabei kann er, statt lediglich allgemeine Gesetze zu verordnen, auch für jeden einzelnen Bürger ihn spezifisch fördernde Verordnungen erlassen – was er früher nur in negativer Form Verbrechern als individuelles Strafmaß angedeihen ließ. Er waltet darüber, ob die zunehmende technische Vernetzung für den einzelnen zu einem, wie Jeremy Rifkin es nennt, *Age of Access* oder zu einem *Age of Trap* wird.

Selbst wenn die Einflussnahme des Staates zunimmt – angefangen bei der Erziehung –, können die Freiräume des Einzelnen zunehmen, da er die neuen Kontrolltechniken auch selbst nutzen kann und nicht mehr fremdbestimmt arbeiten muss. Früher war der Allgemeinheit das Mehrere der Eigentumsmenge nur durch die automatisierten biologischen Prozesse von Zeugung und Ernte möglich, bald aber kann jeder Gegenstand den eigenen Vorstellungen entsprechend geformt werden. Nur die Rohstoffe sind endlich, und auch deren Verknappung kann durch Ausweichen ins Virtuelle umgangen werden. Dort gibt es keine Umweltverschmutzung und keine Staus. Knapp ist – bis man sich endlich selbst duplizieren kann – nur man selbst. Je weniger Knappheit aber besteht, desto weniger bedarf es Eigentum und Staat. Im Paradies herrscht Anarchie.